

Stündliche Nachrichten.

Martin, 21. Febr.

Es wächst der Rania haben Willeramöbiat gerbt.

Dem Ober-Telegraphen-Secretär i. d. Halle zu Dortmund und den Köthen
Hilfs-Telegraphen vierter Klasse; dem Volksschreiber i. d. Rung zu Minden i.
B., dem Telegraphen-Secretär i. d. Riller zu Frankfurt a. Main,
hiesig zu Bochum, und dem Posthalter i. d. Hühling zu Witten im
Kreise Herford den Königlich-kronenden vierter Klasse; sowie de r
Teleonomie-Commissär Freudenberg zu Riller i. B. dem Charakter
als Teleonomie-Commissions-Rath zu verliehen.

Deutschland.

Berlin, 21. Febr. Die Wiederelnbringung des clericalen

Sehulrantrages hat in einem unsichlichen Theil der katbolischen Lehrkreise große Erregung hervorgerufen, die, soweit es der ultramontane Extremismus zuläßt, sich durch mannigfache Kundgebungen äußert. In katbolischen Kreisläufen kennt man das von der Gchifflichkeit auferlegte drückende Joch und sieht sich durchaus nicht nach einer Verkräftung der Abhängigkeit. Ausgerufen katbolischer Lehrer, namentlich vom Lande, die der „Gref. Jg.“ zugehen, führen bittere Klagen darüber, wie schon heute, ehe Windthorst's Forderungen erfüllt sind, der Lehrer vielfach von den Gchifflichen bedrängt wird. Dem genannten Blatt wird z. B. von einem katbolischen Lehrer aus dem Lande geschrieben: „Windthorst hat also seinen Sehul Antrag eingebracht. Jeden Lehrer, der noch das geringste Selbst- und Standesgefühl besitzt, muß es empfinden, daß man gerade seinen Stand für geeignet hält, in clericaler Gchiffen geladgen zu werden. Wie angenehm diese anstehen, davon weiß mancher Lehrer ein Veden zu fingen. Jetzt möchte ich darauf hinweisen, wie von clericaler Seite in letzter Zeit der Versuch gemacht wird, uns den Antrag Windthorst als ganz harmlos darzustellen. Es ist unangenehm, daß man im Abgeordnetenhaus die Begründung des Antrages folgende Taktik verfolgen wird. Lassen wir uns nicht beirren, sondern erheben wir uns. Es ist gegen hohe Zeit, wie ein Mann, um gegen diesen Antrag, der jedes Maß vernünftiger Forderung überschreitet, energisch Front zu machen. Das bedeuft Antheil: darf uns nicht abschrecken, weil es sich bei diesem Antrag um nichts anderes als um Vertheilung clericaler und anderer Forderungsberechtigter handelt, die mit unserer Glaubenslehre wahrlich nicht in Einklang gebracht werden können. Es muß und nicht genug sein, daß der Antrag nicht durchgeht, nein, es muß dieser Partei, welche uns gleichsam als Fuch in der Rutte den Fieiden predigen will, ein für allemal die Fuch benommen werden, ihre begierigen Hände nach uns auszuftrecken.“ Auch unter den katbolischen Gchifflichen gibt es solche, welche nach dem Einfluß, den der Windthorst'sche Antrag dem Clerus in der Schule gewähren will, durchaus nicht geizen und diesen Antrag entschieden mißbilligen.

„Berlin, 2. Febr. Die Isten in der „Nat. Ztg.“: „Die Trauerfeierung im Abgeordnetenhaus! Freiheit heißt langsam fort, und das kann nicht anders sein, wenn sie durch so überflüssige Anregungen aufgehoben wird, wie diejenige des Abg. Dr. Krenndorfer von dem Minister des Innern polizeiliches Einschreiten gegen den Tyrtallast. Schwinn! verlangt.“ Der letzte ist von uns schon wiederholt getragenermaßen worden, und wir hoffen, dadurch auch uninteressiert auf diejenige Abtheilung hingewirkt zu haben, welche der Minister Herrfurth treffend als „die natürliche und allein einmündigste barkeit: daß das Publikum sich des Kaufens der Tyrtallast auf das bloße Andenken derselben hin enthalten möge. Eine Frage an den Verkäufer: von welcher Zeitung das Tyrtallast ausgegeben ist, wird Ihnen sehr dazu angethan sein, sich vor dem „Herrnfürsten“ zu schützen. Wo es aber eine so einfache Selbsthilfe gibt, da braucht man wahrlich nicht gleich die Polizei zu requiriren. Der Abtheilung des sehr überflüssigen Schmerzens der Abgeordneten Krenndorfer durch den Herrn Minister des Innern kann man nur selbst zustimmen; es ist nicht abzulehnen, wohin wir bei solchen befährlichen Rufen nach der Polizei noch kommen würden. Jetzt soll sie schon prüfen, ob eine durch ein Tyrtallast verbreitete Nachricht etwa bereits in einer geschätzten Zeitungsnummer

Der Stern der Anhold.

Von Adolf Zircffus.

(Hilfskraft verboten.)

„Keiner von uns wagte noch ein Wort, wir schlichen zurück, in der Küche verammelten wir uns; aber die Hürde, welche wir Alle des Unerwarteten hatten, war so groß, daß noch immer Niemand es wagte, offen auszusprechen, was Alle dachten. Es wurden noch kaum mißverständliche Andeutungen gemacht, aber Niemand wagte, offen mit der Sprache herauszugehen, selbst nicht der Gärtner, der doch mit dem Hund sonst immer davor war.“

Am folgenden Morgen kamen von weither, von den entfernten Gütern die Herrschaften nach Schloß Warnig, um der Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen und dem Leichenbegängniß beizuwohnen. Excellenz, Baron Johann und Baron Robert, Herr Herr Vater, der spät am Abend von Schloß Wessau angekommen war, empfingen im großen Saal die Gäste.

„Amel Winzer aus dem Dorf Traug aus dem Sarg vom Gräber nach dem Dorf hinunter zur Pfarrkirche. Hinter dem Sarg gingen Erbkinder, zu seiner Rechten Baron Robert, zu seiner Linken Baron Johann, dann kamen alle die vornehmen Herrschaften, der ganze Adel aus der weissen Umgebung, den Schluß des langen Tages machte die Schloßkammerfrau. Der Wärter ging neben mir. Als wir aus dem Hofthor traten und in der breiten Buchenallee den langen, glänzenden Zug überhasteten konnten, wendete sich der Wärter zu mir und flüsterte mir zu: »Es wohnt die Königin, (schwebelicht) Kammerfrau in der Reben gebadet hat, daß ihrem armen Leichnam solche Ehre widerfahren würde?»

„Nach der Beisetzung der Leiche in der Familiengruft und dem Gottesdienst, mit dem die Heiterlichkeit geschaffen wurde, nahmen die Herrschaften ein Frühstück im Schloß ein, dann fuhren sie nach allen Himmelsrichtungen hin und her fort. Eine Stunde später verließ auch Crellens das Schloß; ich hatte zuerst den Befehl erhalten, Crellens auf der Reise zu begleiten; aber noch im letzten Augenblick wurde anders bestimmt, ich mußte im Schloß bleiben. Crellens reiste allein.“

„Nach ein paar Tagen verbreitete sich plötzlich im Schloß das Gerücht, zwischen Ezzelen und dem Herrn Obersten von Warneburg habe in D. ein Duell stattgefunden, in welchem der Herr Oberst todgeschossen worden sei; der Kitter brachte die Nachricht mit aus H., er hatte sie von dem Herrn Doctor Treu selbst gehört.

„Wir Diener waren alle tief entsetzt; wir hatten sämmtlich den Herrn Oberst sehr gern gehabt, er war freundlich mit uns gewesen und hatte unsere gute Zingelarde gegeben; daß er jetzt von unserem Herrn erschossen worden war, schloßte und vor diesem eine noch viel größere Burcht ein, als wir bisher vor ihm gehabt hatten. Wir hatten in den letzten Tagen manch freies Wort über das Reichsbedauern und den Tod des andern Arz-

gestanden hat! Wie aber, wenn sie in einer Zeitung stand und in einer andern nicht?!"

* Der Reichstanzler Fürst Bismarck erfreut sich, wie der „B. Z.“ von zuverlässiger Seite gemeldet wird, zur Zeit eines vortheilhaften Wohlbefindens, daß er sich dahin aufernte, bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit, resp. bis zum Schlusse der Parlamentstagung, in Berlin verbleiben zu wollen.

* Der Kaiser und die Kaiserin werden, wie gemeldet, am 23. d. auf der russischen Botschaft und außerdem am 2. März auf der italienischen und am 6. März auf der französischen Botschaft speisen.

* Die „Nordd. Allg. Bzg.“ schließt einen Artikel zur Erinnerung an die heute vor zwei Jahren stattgefundenen Wahlen, welche die gegenwärtige Reichstagsmehrheit zu Stande gebracht haben, folgendermaßen: „Gerade die in den letzten Tagen die öffentliche Meinung beschäftigten Symptome haben von Neuem erkennen lassen, wie man mehr denn je davon überzeugt ist, daß das vor zwei Jahren in Kraft getretene Verhältniß noch ferner in Kraft bleiben muß. Das Zusammenarbeiten zweier Jahre bei den parlamentarischen Entscheidungen hat nur dazu beitragen können, in dieser Richtung fester zu wirken. So wird man denn heute, wo zwei Dritttheile der Frist verlaufen sind, welche dem am 21. Februar 1887 gewählten Reichstage gesteht ist, seitens aller wahrhaften Patrioten nicht mit Befriedigung auf die imgehenden geleistete Arbeit hinsehen, sondern sich auf die Hoffnung hingeben dürfen, die Gemeinsamkeit in den großen Fragen auch in der Zukunft den Sieg über die widerstrebenden Elemente davontragen zu sehen.“

* Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat heute 600,000 R. zum Umbau des Domes, zur Aufstellung von Plänen unter Ausschreibung einer Concurrenz und zu Vorarbeiten bewilligt.

Die „Kön. Volkstz.“ hatte gegen die Forderung einer ersten Rate von 600,000 Mk. für den Neubau des Domes zu Berlin und eine Königsgruft sowohl formelle als confessionelle Bedenken geltend gemacht. Gegen dieselben wendet sich der „Reichsbote“ mit folgenden Ausführungen:

Die „*Rein. Beilage*“ vergisst, daß es sich beim Berliner Dom-
bau nicht sowohl um eine Kirche für eine protestantische Gemeinde,
als vielmehr um eine solche für das Königshaus und die mit dem-
selben zusammenhängenden offiziellen Feiern handelt. Der Berliner
Dom hat nie, wie andere Kirchen, für eine Pörschallkirche gegolten;
die Gemeinde, welche sich um ihn gesammelt hat, ist lediglich eine
Personalgemeinde, seine bestimmte Pörschallgemeinde; die Stelle der
Vestoren vertritt hier gesammtermaßen die königliche Familie, und des-
halb sind auch die an die Kirche angehängten Geistlichen Vörsprecher,
wenden direct vom Könige berufen und stehen auch nicht wie die
anderen Geistlichen unter dem Consistorium, sondern unter dem Ober-
kirchenrat. Auf diese Sonderstellung des Domes gründet sich die
Forderung, daß der Dom aus Kosten der Staatskassa gebaut
wird, weil er eben nicht wie andere Kirchen Eigenthum einer be-
stimmten Pörschall und auch nicht wie die königliche Pörschall
Sclöpsack's Eigenthum der königlichen Familie, sondern ein Gottes-
haus ist, welches durch seine Erziehung zum Königsbau wie kein
anderes einem öffentlichen, weil über die Grenzen und Interessen
einer Pörschallgemeinde hinausgehenden Charakter trägt. Die Dom-
gemeinde als solche konnte sich mit einem beherrschenden Gotteshaus
für ihre Bedürfnisse begnügen. Als königliches Gotteshaus muß
aber der Dom eine andere Schall haben, zumal er zugleich als
Gotteshaus für die auswärtige evangelische Diplomatie und für kirch-
lichen Feiern dienen soll. Wer soll ein solches Gotteshaus bauen?
Die Gemeinde? Es gibt keine eigentliche Dom-Pörschallgemeinde!
Die Pörschall? Dieselbe hat keine Mittel dazu, weil der Staat
die Kirchmüller einsteigt. Es bleibt also Niemand anderes
übrig als der Staat. Er hat dazu die Pflicht, erstlich, weil der
Staatbau Dom einen öffentlichen Charakter hat, und dann, weil der
Staat die Güter der Kirche eingeogen und sich dagegen verpflichtet
hat, für die kirchlichen Bedürfnisse zu sorgen. Wenn der Staat zur
Erhaltung historischer monumentaler Kirchen Geld zieht, so muß er

um so mehr zur Herstellung eines Gotteshauses Geld geben, welches nicht bloß für das Königshaus, sondern auch für die mit demselben zusammenhängenden, im Interesse des Staates liegenden, kirchlichen Verpflichtungen und Feierlichkeiten dienen soll. Was den Plan des Denkmals anlangt, so wird derselbe schon dem Landtage mitgetheilt werden.

Wir lesen in dem (nationalliberalen) „Rorr. v. u. f. D.“: Die Versöhnlichkeit des Briefwechsels Witte-Stöcker fiel in eine Zeit, welche von weit wichtigeren Ereignissen sich so sehr in Anspruch genommen war, so daß jene zunächst nur geringe Beachtung finden konnte. Hieraus erklärt es sich zum Theil, daß in den neueren Erörterungen über den Fall einige wesentliche Unklarheiten, und zwar, wie man nach billiger Urtheil sagen muß, zum Nachtheil Stöcker's unterlaufen. In einem im Frühjahr 1885 spielenden Proceß waren Witte und Stöcker als Zeugen über einen Vorgang aus dem Jahre 1878 vernommen worden. In dem Erkenntniß wurde ausgesprochen, daß sich Stöcker damals (1878) von einem Geiße der Rache gegen seinen Amtsbruder Witte habe leiten lassen, und zum Beweise war ein Brief Stöcker's an Witte aus dem Jahre 1878 angezogen. Der Hofprediger erklärte nach dem Proceß wie aus jezt nach Versöhnlichkeit der Bremerischen Brodkühe, in der jenes Erkenntniß wieder erwähnt war, daß sich das Gerücht geteilt habe, ein solcher Brief, wie angegeben, existire nicht. Die nunnmehr von Witte veröffentlichten Briefe stammen aus der Zeit der Vorbereitung des Proceßes von 1885; sie können schon deshalb und aus ihrem Inhalte nach die Behauptung Stöcker's nicht widerlegen, daß ein Brief aus dem Jahre 1878, wie ihn das Erkenntniß erwähnt, nicht existire. Die veröffentlichten Briefe belassen Stöcker nicht in der Weise, wie das Gerücht annahm, und was bezeichnend an ihnen ist, das Drängen Stöcker's in einen Witzigen, sich über die Auslagen desselben so vergewissern, hat mit dem gerichtlichen Erkenntniß nichts zu thun.

Es wird der „D. V. Z.“ bestätigt, daß Herr Brandeis, der Beamte der Südsee-Gesellschaft in Apia, telegraphisch nach Berlin berufen ist. Bis zum Eintreffen desselben dürften die diplomatischen Verhandlungen mit England und Amerika kaum einen nennenswerten Fortschritt machen und jedenfalls auch die Arbeiten der „Samoa-Conferenz“ aufgeschoben werden.

Zahlreiche Hausdurchsuchungen durch Beamte der politischen Polizei haben in der vergangenen Woche wieder bei hiesigen Sozialdemokraten stattgefunden. Wie verlautet, sind der Behörde dabei viele Drucksachen in die Hände gefallen, die von außerhalb nach Berlin eingeschmuggelt worden sind.

• Der längst gehegte Plan der österreichisch-ungarischen Regierung in Berlin für ihre hiesige Botschaft ein eigenes Grundstück zu erwerben, wie Frankreich, Rußland und England es bereits besitzen, ist jetzt zur Ausführung gelangt. Die österreichische Regierung hat soeben das prächtige Palais des Herzogs von Ratibor, Wolfstraße 3, käuflich erworben.

• Die „Ratio“ Zeitung theilt die kaiserliche Befehlung Wiemann's zum Reichscommissar mit; dieselbe entspricht dem Wortlaute des betreffenden Gesetzes und beauftragt Wiemann, nach Vorlage der kaiserlichen, ihm durch den Reichskanzler zu übermittelnden Weisungen als Commissar in Ostafrika, namentlich in den unter die Verwaltung der deutsch-österreichischen Gesellschaft gestellten Bezirgen des Sultans von Sansibar, sowie in den benachbarten, unter deutschem Schutze stehenden Gebieten des Festlandes die zur Bekämpfung des Skavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen erforderlichen Maßregeln zu treffen, für die Herstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung in den bezeichneten Bezirgen und Gebieten durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel Sorge zu tragen. — In der gleichzeitig veröffentlichten kurzen Instruction des Reichskanzlers an Wiemann wird gesagt, daß die Rechte der österrösterreichischen Gesellschaft unverändert fortbestehen und daß die Verwaltung den Organen der Gesellschaft bleibt, so weit nicht durch mildere höchstehende Eingriffsanordnungen oder zeitweilige Suspensionen notwendig würden. Eine Einschränkung in die gesellschaftlichen Angelegenheiten, namentlich in die

gnädige Herr Ihr Herr Vater, ganz offen mit der gnädigen Frau Mutter darüber gesprochen, daß alle Noth und Sorgen für ihn vorüber sein werden, wenn es ihm nur gelinge, die nächsten drei Monate sich aufrecht zu erhalten. In drei Monaten seien die vierzig Jahre verstrichen, dann werde er das ungeheure Wundenb'fche Erbe antreten.

„Das war's, Herr Baron, noch die Ihnen zu erzählen hatte“, so schloß der alte Rammertsen seinen langen Bericht. „Es hat mich schon sehr langer Zeit auf dem Dergeu zugehen, daß ich wohl die Pflicht habe, Ihnen auch von dem Herrn Neumant die Gefährde zu erzählen; aber Sie sind so feine und der Herr Neumant — nun, der Herr Neumant schau'n so heiter und glücklich in die Welt hinein, daß ich meinte, für ihn sollte wohl solche traurige Gefährde nicht, die selbst einem ersten Manne das Herz schmerzhaft beßthalt habe ich gewartet, bis Sie zurückkommen würden von Ihrer Reise, Herr Baron! Ich habe auch wohl manchmal geklagt, daß ich sterben könnte, aber die Ihnen Alles erzählt habe, denn das Alter macht sich doch bei mir recht läßlich, nun aber habe ich mich, Gott sei Dank, mein Herz erleichtern können und Sie wissen Alles.“ —

Wie gespannt der Herrschaftsalltag hatte Hermann der langen Erzählung des alten Dubois gelauscht, sie beschleunigte manche ihm bisher unbefriedigende Anknüpfung auf die dunkle Familiengeschichte Derrers von Ansbach, wiewohl doch war ihm noch Vieles nicht ganz klar. Eine nicht und Dubois' Waise, die doch wieder nicht an den Tod der unglücklichen Sabine gelaute? Rührte wieder in der Ansbacher'schen Erzählung die Leiche der verstorbenen Kammerfrau? Hatten der Wilschke'sche Geheimrath Baron von Ansbach und sein ältester Sohn gemeinsam einen schandvollen Betrug begangen, um eine Verletzung der Familienehre zu bestrafen und Sabine und der Welt verheimlichen zu lassen? Ein solches Verbrechen des Vaters gegen die Töchter, des Bruders gegen die Schwester war zu widerwärtig, zu schandvoll, als daß Hermann es hätte glauben können! Allein ergaben sich nicht dennoch viele gewichtige Verbindungsgründe aus der einfachen Erzählung des alten Kammerdieners? War es denkbar, daß der Oberst von Barmenbus so fest von dem Leben seiner Nichte überzeugt war, daß er ihr sein ganzes Vermögen hinterließ, wenn er nicht ganz Grund für seinen Glauben hatte? Und das Testament ertheilte wirklich, daran zweifelte Hermann nicht; er ließ sich ihm jetzt doch leicht, weshalb sein Vater so dringend eine kurze Prüfung der Angelegenheit ertheilte. Sie wüßten Alles! o hatte Dubois seine Erzählung geschlossen, Hermann wußte noch nicht Alles, er bedurfte noch weiterer Aufklärung.

„Du hast mit einer schlaffen, abentheuerlichen Geschichte erzählt, Altes“, sagte er, nachdem er längere Zeit schweigend, tief sinnend in dem großen Zimmer auf und nieder gegangen war. „Sie klingt wie ein Märchen, wie eine müßige Erfindung, deren Zweck es ist, einen Schmuckhaufen auf das Andenken des strengen, stolzen Geheimnißes von Antbold, meines Großvaters, zu werfen!“

